

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Michaela Hustedt, Ursula Schönberger
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu der Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Berliner Klimakonferenz sowie zu aktuellen Fragen der Kernenergie

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag verurteilt den gestrigen Transport des Castor-Behälters aus Phillipsburg in das Zwischenlager Gorleben. Der Transport war nicht notwendig, bedeutet eine zusätzliche Gefährdung und hat einen weiteren Beitrag dazu geleistet, den Dissens über die Energieversorgung zu vertiefen.

Die Auseinandersetzungen in Gorleben zeigen, daß großkoalitionäre Gespräche von Regierungskoalition und der Fraktion der SPD zu keinem belastbaren und tragfähigen Konsens führen, solange es sich nicht um den breiten Konsens in der Bevölkerung für einen Ausstieg aus der Atomenergienutzung handelt.

Die Bundesregierung hat sich wie in den siebziger Jahren erneut vor den Karren der Energiewirtschaft spannen lassen und die wirtschaftlichen Interessen der Energieversorgungsmonopole mit staatlicher Gewalt gegen die betroffene Bevölkerung durchsetzen lassen.

Bonn, den 25. April 1995

Michaela Hustedt
Ursula Schönberger
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

